

Stadtverordnetenversammlung

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 1. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 29.02.2024, 19:00 Uhr bis 20:11 Uhr
im Großer Saal der Gallushalle

Anwesenheiten

Vorsitz:

Karlheinz Erdmann (CDU)

Anwesend:

Klaus-Peter Kreuder (GRÜNE)

Birgit Otto (CDU)

Jürgen Trüller (FDP)

Christina Amend (CDU)

Burkhard Dörr (FW)

ab 19:14 Uhr

Ulrich Ebenhöf (SPD)

Sebastian Engel (SPD)

Reinhard Ewert (GRÜNE)

Uwe Feldbusch (CDU)

Rita Fleischer (CDU)

Thomas Görnert (FW)

Rolf Halbich (FW)

Andreas Havemann (SPD)

Daniela Jobst (FW)

Kai-Albrecht Jochim (CDU)

Christiane Keßler (FW)

Karlheinz Koch (CDU)

Ernst Otto Lind (CDU)

Edwin Magel (SPD)

Horst Nikl (GRÜNE)

Michael Ruppel (FW)

Julian Sann (CDU)

Karl-Otto Sauer (CDU)

Eberhard Schlosser (FW)

Michael Simon (SPD)

Edwin Theiß (GRÜNE)

Karl Felix Trüller (FDP)

Jens Ufer (FW)

Anna-Marisa Vandenberg (GRÜNE)

Anita Weitzel (SPD)

Michael Weppeler (FDP)

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Marcel Schlosser (CDU)

Tobias Lux (SPD)

Jürgen Biedenkapp (CDU)

Rolf Rüdiger Deubel (SPD)

Bettina Ute Gill (FW)

Thomas Kreuder (FW)

Gislinde Löffert (CDU)

Lothar Peter (GRÜNE)

Volker Schlosser (FDP)
Wilhelm Zoll (GRÜNE)

Entschuldigt fehlten:

Ingo Hensel (SPD)
Fabian Schück (FW)
Jens Müll (FW)
Daniel Raschke (FW)
Hans-Dieter Stübenrath (GRÜNE)
Otto Klockemann (CDU)
Lothar Theis (FW)

Von der Verwaltung waren anwesend:

Schriftführer Sven Knöß
Für die Beschallung: Brian Gillespie

Gäste:

Tagesordnung

öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung
2. Resolution, „Grünberg für Demokratie und Toleranz.... bevor es zu spät ist“
3. Bericht des Magistrates zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.02.2024 (VL-10/2024
1. Ergänzung)
 - 3.1 Einrichtung der Seniorenwerkstatt
 - 3.2 zusätzliche Leistungen Firma Bill
 - 3.3 Sanierung des ALBIZ
4. Bericht der Ausschüsse gem. § 30 der Geschäftsordnung vom 12.12.2013
5. Bericht über den Sachstand offener Anträge und Anfragen gemäß Beschluss vom 27.05.2021
6. Anfragen gem. § 16 (4) der Geschäftsordnung vom 12.12.2013
 - 6.1 Heizungsanlage Queckborn
 - 6.2 Bürgerbus
 - 6.3 Arbeitsgruppe Alter Friedhof, Museum und Hospitalkirche
 - 6.4 Forstarbeiter von Hessen Forst
 - 6.5 PV und Solar auf städtischen Liegenschaften
 - 6.6 Endausbau Neubaugebiet Baumgartenfeld III
Teil A

./.
Teil B
7. Wahl eines neuen persönlichen Vertreters des hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt Grünberg für den Verbandsvorstand des Abwasserverbandes Wiesecktal (VL-310/2023)
8. ÖPNV;
Neukonzeption Stadtbusverkehr "Kleener Grimmicher" (VL-43/2023
2. Ergänzung)
9. Stadt Grünberg Kernstadt, Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage Mühlenweg / Auf der Gänsweide“ (VL-14/2024)
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
10. Stadt Grünberg Kernstadt, Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage Londorfer Straße / Wartweg“ (VL-16/2024)
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
11. Mittelbereitstellung für das Leasing eines neuen Mobilbaggers (VL-34/2024)
12. Antrag FW, SPD, FDP, Aufstellung eines Bebauungsplanes in Weickartshain (VL-21/2024)
13. Mitteilungen
 - 13.1 Sitzung des Ältestenrats
 - 13.2 Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungsverlauf

öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Erdmann begrüßt die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates, den Bürgermeister sowie alle anwesenden Zuhörer/innen und Pressevertreter zur heutigen 1. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2024.

Anschließend stellt er fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung form- und fristgerecht ergangen ist. Angesichts der Anzahl von aktuell 31 anwesenden Stadtverordneten stellt er auch die Beschlussfähigkeit fest. Stadtverordnetenvorsteher Erdmann fragt an, ob es aus dem Plenum Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Dies ist nicht der Fall.

Stadtverordnetenvorsteher Erdmann erläutert die Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes. Er schlägt vor, die Resolution, „Grünberg für Demokratie und Toleranz... bevor es zu spät ist“, als neuen Tagesordnungspunkt 2 in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Resolution wurde vorab als Tischvorlage an alle Stadtverordneten verteilt. Gegen die vom Stadtverordnetenvorsteher vorgeschlagene Verfahrensweise gibt es keine Einwendungen. So dann lässt Stadtverordnetenvorsteher Erdmann über die Aufnahme der Resolution als neuen Tagesordnungspunkt abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit 31 Ja-Stimmen

Abschließend teilt Stadtverordnetenvorsteher Erdmann mit, dass der bisherige Tagesordnungspunkt 10 von der Tagesordnung abgesetzt wird, da die Vorlage zurückgezogen wurde.

2. Resolution, „Grünberg für Demokratie und Toleranz.... bevor es zu spät ist“

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Erdmann ruft den neuen Tagesordnungspunkt 2 auf, und bittet um Abstimmung über die vorliegende Resolution.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit 31 Ja-Stimmen

3. Bericht des Magistrates zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.02.2024

**VL-10/2024
1. Ergänzung**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Erdmann ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf und fragt nach, ob zum vorgelegten Bericht des Magistrates Fragen oder Anregungen vorgebracht werden.

Beschluss:

Dem Bericht des Magistrates zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.02.2024 wird in der vorgelegten Form zugestimmt.

3.1 Einrichtung der Seniorenwerkstatt

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Erdmann ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf und fragt nach, ob zum vorgelegten Bericht des Magistrates Fragen oder Anregungen vorgebracht werden.

Herr Trüller möchte zu Punkt 3 wissen, was hier konkret geplant ist, und welche Rolle die Stadt Grünberg bei der Einrichtung der Seniorenwerkstatt übernimmt.

Bürgermeister Schlosser erklärt, dass mit der Seniorenwerkstatt ein inniger Wunsch des Seniorenbeirates umgesetzt werden konnte. Der Vertrag zwischen der Stadt Grünberg und der Schule dient insbesondere versicherungsrechtlichen Anforderungen, damit die dann in der Werkstatt tätigen Senioren auch

entsprechend versichert sind. Finanzielle Auswirkungen für die Stadt Grünberg sind damit nicht verbunden, so Bürgermeister Schlosser.

3.2 zusätzliche Leistungen Firma Bill

Herr Trüller möchte weiterhin wissen, um welche zusätzlichen Leistungen, die an die Firma Bill vergeben wurden, es sich unter dem Punkt 4.2 des Magistratsberichtes handelt.

3.3 Sanierung des ALBIZ

Bürgermeister Schlosser entgegnet, dass im Zuge der Sanierung des ALBIZ und bei Altbauten generell häufig mit unerwarteten Nachträgen gerechnet werden müsse. Im konkreten Fall ging es um Zusatzmaßnahmen wie unter anderem zusätzliche Stützen im Kellerbereich sowie weitere Kleinmaßnahmen im Keller. Finanziell seien die Auswirkungen jedoch von untergeordneter Bedeutung, so Bürgermeister Schlosser.

Da keine weiteren Wortmeldungen zum Magistratsbericht vorliegen, ruft Stadtverordnetenvorsteher Erdmann den Tagesordnungspunkt 4 auf.

4. Bericht der Ausschüsse gem. § 30 der Geschäftsordnung vom 12.12.2013

Der Vorsitzende des Sozial- und Kulturausschusses, Herr Sebastian Engel, berichtet, dass dieser Ausschuss in seiner Sitzung am 20.02.2024 keine eigenständigen Beschlüsse gefasst hat.

Der Vorsitzende des Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschusses, Herr Klaus-Peter Kreuder, berichtet, dass dieser Ausschuss in seiner Sitzung am 21.02.2024 keine eigenen Beschlüsse gefasst hat.

Anschließend berichtet für den Haupt- und Finanzausschusses die stellvertretende Vorsitzende Birgit Otto, dass dieser Ausschuss in seiner Sitzung am 27.02.2024 ebenfalls keine eigenständigen Beschlüsse gefasst hat.

5. Bericht über den Sachstand offener Anträge und Anfragen gemäß Beschluss vom 27.05.2021

Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Erdmann fragt nach, ob zur vorgelegten Auflistung noch offener Anfragen noch weiterer Nachfragebedarf besteht.

Herr Sann weist darauf hin, dass in der vorliegenden Übersicht der offenen Anträge, der Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2023 zur Prüfung eines baulichen Konzeptes für den Bereich Burggraben nicht enthalten ist. Er bittet um Aufnahme dieses Antrages.

Bürgermeister Schlosser sagt dies zu.

Aufgrund einer aktuellen Information vom 27. Februar 2024 gibt Bürgermeister Schlosser bekannt, dass bezüglich der Sanierung der L 3146 (Birkenallee) von Mücke-Bernsfeld nach Weitershain, die Entwurfsplanung für die Sanierung sich immer noch in Bearbeitung befindet und voraussichtlich Mitte des Jahres 2024 abgeschlossen sein wird. Anschließend ist für das erste Quartal 2025 die Einleitung des Planstellungsverfahrens vorgesehen. Bis zur Umsetzung, der bereits seit 2015 auf der Agenda befindlichen Maßnahme, sei es noch ein langer Weg, so der Bürgermeister.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, ruft Stadtverordnetenvorsteher Erdmann den Tagesordnungspunkt 6 auf.

6. Anfragen gem. § 16 (4) der Geschäftsordnung vom 12.12.2013

6.1 Heizungsanlage Queckborn

Für die FW-Fraktion verweist Herr Görnert, auf die bereits schriftlich dem Bürgermeister vorliegende Anfrage bezüglich der Heizungsanlage für den Heizungsverbund Queckborn (SKH; Kita und Feuerwehr). Es könne doch nicht sein, dass dort so häufig die Heizung ausfalle. Er möchte wissen, ob dem Bürgermeister etwas hinsichtlich feuchter Rauchgase bekannt sei, welche im Bereich des Pellet Lagers die Pellets zum Verkleben bringen und ein Nachrutschen verhindern, so dass die Anlage ausfalle.

Bürgermeister Schlosser erklärt, dass in der schriftlichen Anfrage nach den angefallenen Kosten für die Instandsetzung der Heizung in den letzten 5 Jahren gefragt wurde. Weiterhin wurde angefragt, ob hinsichtlich vorhandener Risse in den Wänden evtl. Sanierungsmaßnahmen geprüft wurden.

Anschließend erläutert Bürgermeister Schlosser, dass die Anzahl der Ausfälle und Reparaturen in den letzten 5 Jahren nur Anhand von Rechnungen beziffert werden kann. Seit 2018 sind bis zum 18. Februar des laufenden Jahres insgesamt 33 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 28.000 € zur Zahlung angewiesen worden.

Hinsichtlich der Gebäudesubstanz hat eine Prüfung durch einen Statiker stattgefunden. Hierbei wurde festgestellt, dass die Standsicherheit nicht gefährdet ist. Der bestehende Riss wurde fachmännisch geschlossen. Kleinere Risse in der Fassade werden jedoch auch zukünftig aufgrund der Bodengegebenheiten sowie der Nutzung (Pellet Silo) nicht ganz zu vermeiden sein.

Bürgermeister Schlosser berichtet weiter, dass die Heizungsanlage im Jahr 2009 eingebaut wurde und seither weitgehend problemlos funktioniert habe. In der aktuellen Situation warte man jedoch schon seit mehreren Monaten auf ein spezielles Ersatzteil der Herstellerfirma aus Österreich. Er erklärt, dass sich der neue Leiter des Bau- und Servicehofes, der gelernter Heizungsmeister sei, sich der Anlage ebenfalls angenommen habe und bei der Instandsetzung der vorhandenen Mängel mitwirken wird. Ebenfalls in diesem Zusammenhang soll die Einstellung der Anlage optimiert werden, damit ein unnötiges Laufen rund um die Uhr oder im Sommer optimiert werden kann. Bis diese Maßnahmen abgeschlossen sind, hat man sich zunächst für den Weiterbetrieb der mittlerweile dort aufgestellten Notheizung entschieden, so dass weitere Ausfälle hoffentlich vermieden werden können.

Herr Dörr betritt den Sitzungssaal, damit sind ab 19:14 Uhr 32 Stadtverordnete anwesend.

6.2 Bürgerbus

Für die CDU-Fraktion möchte Herr Sann wissen, wie hinsichtlich des Themas Bürgerbus das weitere konzeptionelle Vorgehen durch die Stadt geplant sei.

Bürgermeister Schlosser erklärt hierzu, dass, wie im abgeänderten Antrag beschlossen, zunächst versucht werden soll entsprechende Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, welche sich als Fahrer und/oder Fahrerinnen engagieren möchten. Hierzu wird die Stadt Grünberg im Laufe des Frühjahrs öffentlichkeitswirksam tätig werden. Gleichzeitig soll parallel der Bürgerbus beantragt und das Konzept begonnen werden um keine unnötige Zeit zu verlieren. Überdies möchte er zunächst die Entscheidung zum Stadtbus am heutigen Abend abwarten.

Seitens der SPD-Fraktion liegen keine Anfragen vor.

6.3 Arbeitsgruppe Alter Friedhof, Museum und Hospitalkirche

Für die Fraktion der Grünen erkundigt sich Herr Ewert nach dem Sachstand der Arbeitsgruppe Alter Friedhof, Museum und Hospitalkirche.

Bürgermeister Schlosser erklärt, dass hinsichtlich dieses Themas in Kürze ein Termin mit Herrn Miethe sowie den zuständigen Friedhofssachbearbeitern geplant sei. Weiterhin ist im Laufe des Frühjahrs der nächste Termin der Arbeitsgruppe vorgesehen, um in diesem Bereich weiterzuarbeiten.

6.4 Forstarbeiter von Hessen Forst

Herr Trüller fragt für die FDP-Fraktion an, warum ein bei Hessen Forst angestellter Forstarbeiter gemeinsam mit dem städtischen Forstarbeiter im Wald tätig gewesen sei. Seines Erachtens ist Hessen-Forst

ausschließlich für die Beförderung zuständig und nicht für Personalgestellungen. Überdies könnten hieraus versicherungstechnische Problematiken erwachsen, so Herr Trüller.

Bürgermeister Schlosser erklärt, dass ihm diesbezüglich keine Kenntnisse vorliegen und er dies prüfen lassen wird. Eine Aufklärung erfolgt spätestens zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Da aus Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgründen ein Waldarbeiter grundsätzlich nicht alleine im Wald tätig sein darf, gibt es zwischen Hessen Forst und der Stadt Grünberg eine Vereinbarung, dass man sich hier gegenseitig personell aushilft sofern bei einer Behörde lediglich ein Arbeiter verfügbar ist.

6.5 PV und Solar auf städtischen Liegenschaften

Für die FW-Fraktion erkundigt sich Frau Jobst nach dem Sachstand der Überprüfung ob städtische Dachflächen für PV- und Solaranlagen genutzt werden können. Bürgermeister Schlosser entgegnet, dass seit dem Jahr 2018 bereits einige PV-Anlagen bei städtischen Neubauten und Sanierungen umgesetzt wurden (Kita Schatzinsel, Kita Zauberwald und DGH Harbach).

Diesbezüglich erinnert er an den gem. Antrag aller Fraktionen aus dem Jahr 2021. Er erklärt, dass jeweils im Zuge von Dachsanierungen oder größeren Instandhaltungsmaßnahmen die Installation von PV-Anlagen geprüft werde. Aktuell nennt er hier die Kita Lumda, die Kita Rondell sowie die Kita in der Schulstraße.

Anhand einer internen Prioritätenliste erfolgt eine Prüfung wo entsprechenden Anlagen installiert werden können. An erster Stelle stehen hier ganz klar die Kindertagesstätten, da hier durch die überwiegende Nutzung am Tage, ein möglichst hoher Eigenverbrauch des erzeugten Stroms erzielt werden kann.

6.6 Endausbau Neubaugebiet Baumgartenfeld III

Herr Sann fragt für die CDU-Fraktion nach, wann der Endausbau für das Baugebiet Baumgartenfeld III geplant ist und wie die Umsetzung für den Bereich Baumgartenfeld IV angedacht ist. Bürgermeister Schlosser führt aus, dass aktuell die Nachfrage nach Bauplätzen aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten deutlich zurückgegangen ist. Derzeit läuft das Verfahren zur Auswahl eines Planungsbüros für den Bereich Baumgartenfeld IV für die Planungsleistungen im Rahmen eines EU weiten Vergabeverfahrens. Hier wird der Magistrat demnächst entscheiden, welches Büro den Zuschlag erhalten wird. Im Zuge der Planungs- und Erschließungsarbeiten für den Bereich Baumgartenfeld IV ist zu überlegen, ob in diesem Zuge der Bereich Baumgartenfeld III sowie auch der Abschnitt Baumgartenfeld IV direkt endausgebaut werden können. Mittlerweile würden viele Firmen und Investoren dies so anbieten, da hierdurch Kosteneinsparungen gegenüber einem um Jahre später durchgeführten Endausbau realisiert werden könnten. Zunächst müsse man jedoch abwarten, was die entsprechenden Angebote ausweisen und welche Varianten wirtschaftlich Sinn machen, so der Bürgermeister.

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt Stadtverordnetenvorsteher Erdmann den Tagesordnungspunkt Anfragen um 19:25 Uhr und ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf.

Teil A

./.

Teil B

7. Wahl eines neuen persönlichen Vertreters des hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt Grünberg für den Vorstand des Abwasserverbandes Wiesektal VL-310/2023

Stadtverordnetenvorsteher Erdmann fragt nach, ob Rückfragen zur Vorlage bestehen. Da dies nicht der Fall ist, bittet er um Abstimmung zur Vorlage.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Als **persönlicher Vertreter** des hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt Grünberg für den Vorstand des Abwasserverbandes Wieseketal ab dem Zeitpunkt 01.03.2024 wird

Herr Stadtrat Lothar Theis

neu gewählt.

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**8. ÖPNV;
Neukonzeption Stadtbusverkehr "Kleener Grimmicher"**

**VL-43/2023
2. Ergänzung**

Der Vorsitzende des Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschusses, Herr Klaus Peter Kreuzer, berichtet aus der Sitzung am 21.02.2024 und erklärt, dass dieser Ausschuss mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung für die Alternative 1 der Vorlage gestimmt hat

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Birgit Otto, dass dieser Ausschuss mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen für die Variante 1 der Vorlage gestimmt hat.

Stadtverordnetenvorsteher Erdmann fragt nach, ob zur Vorlage das Wort gewünscht wird.

Herr Sann erläutert für seine Fraktion ausführlich, warum er für eine Beibehaltung des Stadtbusses plädiert. Der „Kleene Grimmicher“ sei eine Herzensangelegenheit. Ja, es gebe kritische Punkte, aber gerade deshalb habe man doch auch dem Antrag der Freien Wähler zugestimmt mit Hilfe einer Arbeitsgruppe neue Konzepte und Optimierungen für den Kleenen Grimmicher zu finden. Das Ergebnis sei ein attraktives Konzept, welches sicherlich zu steigenden Fahrgastzahlen führen werde. Darüber hinaus, sei eine optimierte Anbindung an die Bahn von entscheidender Bedeutung. Herr Sann benennt die für ihn positiven Aspekte und sieht im Stadtbus ein Aushängeschild für Grünberg. Seine Meinung ist: „Das müssen wir uns leisten“. Betreffend die Stadtteile führt er aus, dass eine Entscheidung für den Stadtbus keine Entscheidung gegen die Stadtteile sei. Hier soll ja mit Hinblick auf den Bürgerbus auch etwas ins Rollen gebracht werden. Abschließend wirbt er bei allen Fraktionen darum, dass es mit dem „Kleenen Grimmicher“ weitergeht.

Bürgermeister Schlosser entgegnet, dass ihm am heutigen Abend eine Unterschriftenliste mit 125 Unterschriften Grünberger Bürgerinnen und Bürger übergeben wurde, welche sich für einen Weiterbetrieb des Stadtbusses stark machen. Ebenso führt er aus, dass zahlreiche Gewerbetreibende und der Seniorenbeirat sich ihm gegenüber für einen Fortbestand des Stadtbusses ausgesprochen haben. Abschließend weist er darauf hin, dass in der Vorlage noch ein Zahlenfehler zu korrigieren ist. Unter Punkt 5. der Alternative 2 muss der Betrag ohne morgentliche Schülerpause von 376.241,90 € auf 265.566,55 € geändert werden.

Frau Jobst erläutert für die FW-Fraktion, dass angesichts eines nie dagewesenen Haushaltsdefizites von minus 2,4 Millionen Euro für den Haushaltsplan 2024 eine weitere Belastung des städtischen Haushalts unbedingt vermieden werden sollte. Sie bemängelt explizit das Hohe Defizit der Buslinie, sowie die viel zu geringe Auslastung des „Kleenen Grimmicher“. Sie zeigt Verständnis für alle, die den Bus gerne weiter in Grünberg haben möchten. Veränderungen seien jedoch manchmal auch schmerzhaft und die Welt habe sich in über 20 Jahren seit der Einführung des Stadtbusses eben auch verändert. Der Bus wird ihrer Meinung nach viel zu schlecht angenommen und die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger aus Grünberg (inkl. Stadtteile) hat keinen Nutzen durch ihn. Für Sie stellt sich die Frage, ob wegen dem Stadtbus jemand nach Grünberg ziehe?, oder wegen dem Bus seinen Job nach Grünberg verlege?. Sie führt weiter aus, dass aufgrund der sehr geringen Auslastung Ökologie und Ökonomie gegen den „Kleenen Grimmicher“ sprechen. Abschließend gibt Sie bekannt, dass aufgrund der vorgenannten Gründe Sie und ihre Fraktion sich gegen eine Weiterführung der Stadtbuslinie aussprechen.

Für die Grünen gibt Herr Ewert bekannt, dass seine Fraktion einer positiven Lösung zum Erhalt des „Kleenen Grimmicher“ mehrheitlich zustimmen wird. Diese Zustimmung bedeute eine vertretbare Investition in die Zukunft. Er regt dazu an, dass es einer intensiven Bewerbung für den Stadtbuss bedürfe, damit dieser auch eine bessere Auslastung erfahre und als echte Alternative wahrgenommen werde. Die Kosten sollten durch u. a. Sponsoring gesenkt werden. Zur Versorgung der Ortsteile schlägt er vor, dass sich erneut eine Arbeitsgruppe damit beschäftigt, wie der Verkehr zwischen den Ortsteilen und der Kernstadt erleichtert und optimiert werden kann.

Bürgermeister Schlosser entgegnet, dass die teilweise schlechte Auslastung des Stadtbusses auch mit der bisher suboptimalen Anbindung an die Bahn in Verbindung stehe. Dies wird in Zukunft deutlich verbessert, so dass hier optimale Anbindungsmöglichkeiten gegeben sind. Bürgermeister Schlosser betont, dass bei allen Entscheidungen immer die Großgemeinde im Mittelpunkt stehe, jedoch in einzelnen Stadtteilen schon immer verschiedenen Prioritäten gesetzt wurden. Es seien hier immer die Wünsche und Anregungen aus dem jeweiligen Stadtteil berücksichtigt worden, so Schlosser. Abschließend plädiert er als Bürgermeister für den „Kleenen Grimmicher“. Dieser sei ein Mehrwert für Grünberg und ein Alleinstellungsmerkmal für die Stadt, welcher bei Umsetzung des optimierten Konzeptes mit Sicherheit auch besser angenommen werde.

Frau Weitzel stellt für die SPD-Fraktion, die aus Sicht ihrer Fraktion Wichtigkeit des „Kleenen Grimmichers“ für Grünberg heraus. Es sei wichtig, dass die Linie erhalten bleibt und mit dem neuen Konzept erhoffe man sich eine deutlich bessere Auslastung des Buses in der Zukunft. Hier hätte bereits viel früher das Augenmerk auf den Faktor Optimierung des Fahrplanes gelegt werden müssen. Die Themen Werbung und Sponsoring müssen aus Ihrer Sicht jedoch auch zwingend bei einem Erhalt des Stadtbusses angegangen werden. Seitens ihrer Fraktion kündigt Sie die Zustimmung zum Erhalt des Stadtbusses an.

Herr Weppler erläutert für die FDP-Fraktion, dass seine Fraktion sich unter anderem aus dem Grund der hohen Kosten sowie weiterer bereits genannter Punkte der Meinung der Fraktion der Freien Wähler anschließen wird und heute Abend gegen eine Fortführung des „Kleenen Grimmicher“ stimmen wird.

Herr Dr. Feldbusch spricht in seiner Funktion als Ortsvorsteher der Kernstadt, die aus seiner Sicht unverzichtbaren Vorteile des Stadtbusses für Grünberg an. In vielen Gesprächen in der Stadt habe er einen großen Zuspruch für den „Kleenen Grimmicher“ erlebt. Es stimme, dass die Auslastung über den Tag verteilt stark variere. Jedoch ist auch er der Meinung, dass sich die Auslastung mit Umsetzung des neuen Konzeptes verbessern wird. Herr Dr. Feldbusch vertritt die Ansicht, man dürfe die Kernstadt nicht isoliert von den Stadtteilen betrachten. Seines Erachtens nach bietet der Stadtbuss in der Kernstadt überhaupt erst die Möglichkeit, damit in Zukunft in den Dörfern überhaupt etwas in Richtung Optimierung ÖPNV passieren kann. In seinem Schlusswort führt er aus, dass die Stadt sich diesen Bus leisten wollen muss und man dem Bürgerwillen pro „Kleener Grimmicher“ folgen sollte. Bezüglich des Themas Sponsoring schließt er sich seinen Vorrednern an und sieht darin Einsparungspotenziale.

Für die CDU-Fraktion verlangt Julian Sann namentliche Abstimmung über Alternative 1 zur Vorlage gem. § 26 (5) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen bittet Stadtverordnetenvorsteher Erdmann um namentliche Abstimmung zur Alternative 1 der Vorlage. Er ruft dazu die anwesenden Stadtverordneten in alphabetischer Reihenfolge auf und bitte um die Abgabe des jeweiligen Votums.

Anrede	Name	Vorname	Votum
Frau	Amend	Christina	Enthaltung
Herr	Dörr	Burkhard	Ja
Herr	Ebenhöh	Ulrich	Nein
Herr	Engel	Sebastian	Nein
Herr	Erdmann	Karlheinz	Nein
Herr	Ewert	Reinhard	Nein
Herr	Feldbusch Dr.	Uwe	Nein
Frau	Fleischer	Rita	Nein

Herr	Görnert	Thomas	Ja
Herr	Halbich	Rolf	Ja
Herr	Havemann	Andreas	Nein
Herr	Jochim	Kai-Albrecht	Enthaltung
Frau	Jobst	Daniela	Ja
Frau	Kessler	Christiane	Ja
Herr	Koch	Karlheinz	Nein
Herr	Kreuder	Klaus-Peter	Nein
Herr	Lind	Ernst-Otto	Nein
Herr	Magel	Edwin	Enthaltung
Herr	Nikl	Horst	Nein
Frau	Otto	Birgit	Nein
Herr	Ruppel	Michael	Ja
Herr	Sann	Julian	Nein
Herr	Sauer	Karl-Otto	Nein
Herr	Schlosser	Eberhard	Ja
Herr	Simon	Michael	Nein
Herr	Theiß	Edwin	Ja
Herr	Trüller	Jürgen	Ja
Herr	Trüller	Karl Felix	Ja
Herr	Ufer	Jens	Ja
Frau	Vandenberg	Anna-Marisa	Nein
Frau	Weitzel	Anita	Nein
Herr	Weppler	Michael	Ja

Abstimmungsergebnis:

Die Alternative 1 des Beschlussvorschlag ist gemäß der namentlichen Abstimmung mit 12 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Zur Alternative 2 des Beschlussvorschlag stellt Herr Sann gemeinsam für die Fraktionen von CDU und SPD den Änderungsantrag als neuen Punkt 8 zu Alternative 2 folgenden Wortlaut aufzunehmen:

8. Für die Umsetzung der Konzepte sind geeignete Sponsoring Maßnahmen zu treffen.

Darüber hinaus stellt er den Antrag, anschließend in einem Zug nur über die Punkte 4, 5, 7 und 8 der Alternative 2 ohne Schülerpause abzustimmen, da sich hierfür eine Mehrheit in der Diskussion abgezeichnet habe.

Stadtverordnetenvorsteher Erdmann lässt zunächst über den Änderungsantrag zur Aufnahme des Punkt 8 in den Beschlussvorschlag unter Alternative 2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen

Damit wird der Punkt 8 in den Beschlussvorschlag unter Alternative 2 aufgenommen.

Anschließend lässt Stadtverordnetenvorsteher Erdmann über den erweiterten Antrag zwecks Abstimmung nur über die Punkte 4, 5, 7 und 8 ohne Schülerpause der Alternative 2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

Somit ist die Alternative 2 mit den Punkten 4, 5, 7 und 8 ohne Schülerpause angenommen.

Beschluss:

Alternative 1:

Die Stadtbuslinien GI-71 und GI-72 des „Kleenen Grimmichers“ werden zum Fahrplanwechsel im Dezember 2024 eingestellt.

Alternative 1:

Die Stadtbuslinien GI-71 und GI-72 des „Kleenen Grimmichers“ werden zum Fahrplanwechsel im Dezember 2024 eingestellt.

Alternative 2:

1. Die Stadtbuslinien GI-71 und GI-72 werden in der Variante 1 (1 Bus) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

oder

2. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 2.1 (2 Busse auf gleicher Route) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

oder

3. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 2.2 (2 Busse gegenläufig) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt

oder

4. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 3 (1 Bus mit Einbindung der Linien GI 64 und GI 74) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

5. Mittel für ein Fahrzeug (Diesel-Midi-Bus) in Höhe von 228.120,95 € netto/Jahr mit morgendlicher Schülerpause bzw. in Höhe von 265.566,55 € netto/Jahr ohne morgendliche Schülerpause sind im Haushaltsjahr der Einführung zur Verfügung zu stellen.

oder

6. Mittel für zwei Fahrzeuge des Typs Diesel-Midi-Bus in Höhe von 376.421,90 € netto/Jahr mit morgendlicher Schülerpause bzw. in Höhe von 459.349,10 € netto/Jahr ohne morgendliche Schülerpause sind im Haushaltsjahr der Einführung zur Verfügung zu stellen.

7. Für Marketingmaßnahmen sind im Haushaltsjahr der Einführung des neuen Konzepts 10.000,00 € im Haushaltsplan bereit zu stellen.

8. Für die Umsetzung der Konzepte sind geeignete Sponsoring Maßnahmen zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

- 9. Stadt Grünberg Kernstadt, Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage Mühlenweg / Auf der Gänsweide“ VL-14/2024
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Der Vorsitzende des Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschusses, Herr Klaus Peter Kreuder, berichtet aus der gemeinsamen Sitzung mit dem Haupt- und Finanzausschuss vom 27.02.2024 und erklärt, dass dieser Ausschuss der Vorlage inkl. einer Anmerkung im Protokoll, „Die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sind einzuleiten – vorbehaltlich der noch festzulegenden Kriterien für die PV-Freiflächenanlagen durch die Stadt Grünberg“, sowie einer Ergänzung in

der Begründung zur Vorlage und zwar „Agri-PV-Anlage gemäß DIN-Norm SPECK 91434“ einstimmig zugestimmt hat.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Birgit Otto, dass dieser Ausschuss sich ebenfalls einstimmig, mit der vorgenannten Anmerkung im Protokoll und der Ergänzung der Begründung, für die Vorlage entschieden hat.

Da keine Wortmeldungen zur Vorlage bestehen, lässt Stadtverordnetenvorsteher Erdmann über die Vorlage abstimmen. Herr Stadtverordneter Andreas Havemann befindet sich zur Abstimmung nicht im Saal, so dass nur 31 Stadtverordnete an der Abstimmung teilnehmen.

Beschluss:

1. Für die Flurstücke Gemarkung Grünberg Flur 18 Nr. 34 und 35 wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Der räumliche Geltungsbereich ist der nachfolgenden Karte zu entnehmen. Diese ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Allgemeines Planziel der Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Schaffung des Bauplanungsrechts für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage südlich des Umspannwerkes durch die Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes i. S. § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung.

3. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren zeitgleich zur Aufstellung des Bebauungsplanes geändert.

4. Die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgen im zweistufigen Regelverfahren. Die Bauleitplanung erfordert insofern eine Umweltprüfung i.S. des § 2 Abs. 4 BauGB, in der die voraussichtlichen erheblichen Umwelteinwirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht bewertet werden. Der Umweltbericht ist gemäß § 2a BauGB in die Begründung zu integrieren.

5. Die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sind einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

10. Stadt Grünberg Kernstadt, Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage Londorfer Straße / Wartweg“ VL-16/2024 hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Der Vorsitzende des Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschusses, Herr Klaus Peter Kreuder, berichtet aus der gemeinsamen Sitzung mit dem Haupt- und Finanzausschuss vom 27.02.2024 und erklärt, dass dieser Ausschuss der Vorlage inkl. einer Anmerkung im Protokoll, „Die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sind einzuleiten – vorbehaltlich der noch festzulegenden Kriterien für die PV-Freiflächenanlagen durch die Stadt Grünberg“, sowie einer Ergänzung in der Begründung zur Vorlage und zwar „Agri-PV-Anlage gemäß DIN-Norm SPECK 91434“ einstimmig zugestimmt hat.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Birgit Otto, dass dieser Ausschuss sich ebenfalls einstimmig bei einer Enthaltung, mit der vorgenannten Anmerkung im Protokoll und der Ergänzung der Begründung, für die Vorlage entschieden hat.

Herr Stadtverordneter Karlheinz Koch verlässt aus persönlichen Gründen und auf eigenen Wunsch im Hinblick auf § 25 HGO den Sitzungssaal zur Abstimmung über die Vorlage. Stadtverordnetenvorsteher Erdmann weist ausdrücklich darauf hin, dass Herr Koch dies zum Zwecke des Aufstellungsbeschlusses nicht tun muss und auf eigenen Wunsch den Saal verlässt. Somit sind auch zu dieser Vorlage nur 31 Stadtverordnete im Saal.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, bittet Stadtverordnetenvorsteher Erdmann um Abstimmung über diese.

Beschluss:

1. Für die Flurstücke Gemarkung Grünberg Flur 27 Nr. 110, 111, 112 und 113 (Stadt Grünberg, ehem. Wasserhochbehälter) wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Der räumliche Geltungsbereich ist der nachfolgenden Karte zu entnehmen. Diese ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Allgemeines Planziel der Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Schaffung des Bauplanungsrechts für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage beidseits der Aussiedlerhöfe im Wartweg durch die Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes im Sinne § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung.

3. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren zeitgleich zur Aufstellung des Bebauungsplanes geändert.

4. Die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgen im zweistufigen Regelverfahren. Die Bauleitplanung erfordert insofern eine Umweltprüfung i. S. des § 2 Abs. 4 BauGB, in der die voraussichtlichen erheblichen Umwelteinwirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht bewertet werden. Der Umweltbericht ist gemäß § 2a BauGB in die Begründung zu integrieren.

5. Die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sind einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

11. Mittelbereitstellung für das Leasing eines neuen Mobilbaggers VL-34/2024

Die Vorlage wurde abgesetzt.

Beschluss:

Der Bereitstellung von Aufwandsmitteln in Höhe von rd. 19 T€ im Nachtragshaushalt 2024 unter dem Produkt 57304 zwecks Abschlusses eines Leasingvertrages für einen neuen Mobilbagger wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abgesetzt

12. Antrag FW, SPD, FDP, Aufstellung eines Bebauungsplanes in Weickartshain VL-21/2024

Der Antrag wurde abgesetzt.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände „Auf dem Steinbusch“ und „Vor dem Steinbusch“ in der Gemarkung Weickartshain in Auftrag zu geben. Es handelt sich hier um die Grundstücke Flur 1, Nummern 122, 123 und 261. Sollte es sich im Rahmen der Erstellung des Bebauungsplans erweisen, dass es sinnvoll ist, weitere Flurstücke in diesem Areal mit zu beplanen, so können diese in diesen Antrag einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Abgesetzt

13. Mitteilungen

13.1 Sitzung des Ältestenrats

Stadtverordnetenvorsteher Erdmann teilt mit, dass am Donnerstag, dem 07. März 2024 um 19 Uhr eine Sitzung des Ältestenrats in Rathaus stattfindet.

13.2 Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Weiterhin gibt er bekannt, dass am Donnerstag, dem 25. April 2024 die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der Gallushalle stattfindet.

Da sonst keinerlei Anfragen oder Mitteilungen vorliegen, bedankt sich Stadtverordnetenvorsteher bei allen Anwesenden für das faire Miteinander. Er wünscht allen einen guten Weg nach Hause und schließt die Sitzung um 20:11 Uhr.

Grünberg, 01.03.2024

Karlheinz Erdmann
Stadtverordnetenvorsteher

Sven Knöß
Schriftführer

STADT GRÜNBERG

Vorlage Magistrat MAG

Drucksache VL-10/2024 1. Ergänzung

- öffentlich -

Datum: 08.02.2024

Aktenzeichen	10 00 80
Federführender Fachbereich	Innere Verwaltung
Bearbeiter/in	Ulrike Lux

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	29.02.2024	beschließend

Zu beteiligen:

Betreff:

Bericht des Magistrates zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.02.2024

Beschlussvorschlag:

Dem Bericht des Magistrates zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.02.2024 wird in der vorgelegten Form zugestimmt.

Begründung:

s. Anlage

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Leitbild:

Keine Relevanz

Anlage(n):

1 Magistratesbericht

Unterschriften:

Marcel Schlosser
Bürgermeister

Ulrike Lux

Auflistung der noch offenen Anfragen und Anträge aus Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung gemäß beschlossenen Antrag der FDP-Fraktion (VL-7/2021) aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.05.2021:

Für den Zeitraum vom 01.09.2018 bis dato sind noch folgende offenen Anfragen und Anträge zu verzeichnen:

a) Offene Anfragen

- Umsetzung des Organisationsgutachtens für den Bau- und Servicehof, nachgefragt durch Herrn Marcel Schlosser in der Sitzung am 25.06.2020 bezüglich der Einrichtung eines Bauhof-Programmes

Stand am 21.02.2024:

Das Bauhof-Programm wurde aufgrund der aktuell nicht besetzten Stellen noch nicht ausgewählt. Die Umsetzung soll mit dem neuen Bauhofleiter Herrn Brodt erfolgen.

- Frau Christiane Keßler fragte am 25.05.2023 nach dem derzeitigen Stand der geplanten Heizungserneuerung in den Dorfgemeinschaftshäusern von Göbelnrod und Weickartshain. Hierzu erläutert Herr Bürgermeister Marcel Schlosser, dass sich der Magistrat derzeit mit der Prüfung befasse, welche Energie- und Heizungsart dort installiert werden soll.

Stand am 21.02.2024:

Ein Termin mit einem Energieversorger hat stattgefunden. Ein Gesamtkonzept für Göbelnrod und Weickartshain ist in Vorbereitung. Ein Ergebnis liegt bis dato noch nicht vor.

- Herr Karl Felix Trüller fragte am 25.05.2023 nach dem Sachstand der mit dem Landkreis Gießen abzuschließenden Kooperationsvereinbarung hinsichtlich der Förderung einer kinder- und jugendgerechten Kommune. Herr Bürgermeister Marcel Schlosser ist der derzeitige Sachstand nicht genau bekannt, so dass er diesbezüglich nachfragen wird.

Stand am 21.02.2024:

Laut Aussage von Frau Staffa kann die Kooperationsvereinbarung nicht abgeschlossen werden, da die zuständige Teamleiterin des Landkreises Gießen immer noch im Krankenstand ist und niemand da wäre, der dies abfangen könnte.

Eigentlich ist die Vorgehensweise bislang so, dass die zuständige Teamleiterin z.B. in den SKA eingeladen wird und über das Projekt und die Vereinbarung berichtet. Daraus resultiert dann in der Regel der Beschluss für die Kooperationsvereinbarung. Diese ist quasi der letzte Schritt zur „jugendgerechten Kommune“ und man hat die Möglichkeit dann Förderanträge zu stellen.

Kooperationsvereinbarungen gibt es nach aktuellem Wissen nach bislang in Lollar, Staufenberg, Buseck, Rabenau, Linden, Pohlheim und Laubach.

Weitere Vorgehensweise:

Entweder noch abwarten, bis die Fachdienstleiterin wieder zur Verfügung steht oder die Jugendbeauftragten könnten mit weiteren interessierten Kommunalpolitikern mal

anfragen, eine kleine Arbeitsgruppe zu gründen und gemeinsam Ziele und Ideen formulieren für die Kooperationsvereinbarung. Gerne kann dabei auch Frau Staffa bei pädagogischen Fragen unterstützen.

- Herr Jens Müll fragt am 13.07.2023 nach dem Sachstand zum Interesse der Sportvereine an einem zentralen Kunstrasenplatz. Herr Bürgermeister Marcel Schlosser berichtet hierzu, dass fast alle Sportvereine Interesse an einem Kunstrasenplatz bekundet hätten und derzeit eine Kostenermittlung erfolge. Der Kunstrasenplatz könne dann womöglich auf dem Sportgelände des TSV Grünberg errichtet werden.

Stand 21.02.2024:

Am 23.08.2023 fand eine Besprechung mit Vertretern der Sportvereine statt. Hier wurde festgelegt, dass der TSV Grünberg als Antragsteller fungieren wird, da dies der einzige Sportplatz ist, welcher im Eigentum des Vereins ist. Dem Landkreis Gießen liegen ebenfalls alle Unterlagen vor, bezüglich der Bezuschussung durch den Landkreis.

Aufgrund der aktuellen Haushaltszahlen für 2024 werden vorerst keine Mittel veranschlagt.

- Herr Reinhard Ewert stellt am 13.07.2023 die Frage nach der Zukunft des städtischen Campingplatzes „Spitzer Stein“. Hierzu berichtet Herr Bürgermeister Marcel Schlosser von Gesprächen mit potenziellen Pächtern; ein Verkauf des Geländes sei angesichts des großen Investitionsstaus wohl eher nicht möglich. Derzeit erfolge die Kostenermittlung für die konzeptionelle Erneuerung der Stromversorgung auf dem Campingplatz.

Stand 21.02.2024:

Derzeit wird durch einen Makler der Campingplatz zum Verkauf angeboten. Aktuell liegen auch einige konkrete Kaufinteressen vor. Weiterhin hat der Magistrat beschlossen, dass die Jahresgebühr für Dauercamper geringfügig reduziert wird, da seitens der Stadt Grünberg keine Stromversorgung zur Verfügung gestellt werden kann.

- Für die SPD-Fraktion fragt Frau Weitzel am 21.09.2023 nach dem Sachstand des ursprünglich für ein MED-Zentrum vorgesehenen Gelände. Bürgermeister Schlosser antwortet, dass der potentielle Investor derzeit in intensiven Prüfungen mit einem Planungsbüro sei, um abzustecken, was auf dem Gelände realisiert werden kann.

Stand am 21.02.2024:

Die Pläne liegen zwischenzeitlich vor. Eine weitere Vorstellung für einen größeren Personenkreis fand Ende November 2023 statt. Anschließend sollen der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung informiert werden. Es sind noch abschließend einige Modalitäten zu klären.

Ein weiterer Abstimmungstermin findet Anfang März statt.

- Herr Julian Sann erkundigt sich nach den Perspektiven des Glasfaserausbau im neuen Jahr 2024. Hierzu berichtet Herr Bürgermeister Marcel Schlosser von aktuell teilweise nicht angekündigten Tiefbaumaßnahmen der Firma Goetel in Harbach, die dort sehr unprofessionell vorgehe.

Stand am 21.02.2024:

Die Deutsche Telekom wurde angefragt, ob sie neben dem Breitbandausbau der Kernstadt auch den Ausbau in den anderen Stadtteilen übernehmen könne. Eine Antwort durch die GlasfaserPlus steht noch aus.

- Frau Anita Weitzel erkundigt sich zum Sachstand der angekündigten Sanierung der Landesstraße L 3146 von Mücke-Bernsfeld nach Grünberg-Weitershain, da diese doch stark sanierungsbedürftig sei.

Stand am 21.02.2024:

Der Stadt Grünberg liegen seitens HessenMobil keine neuen Nachrichten diesbezüglich vor.

b) Offene Anträge

- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2021 zur Errichtung eines Mehrgenerationenplatzes im Brunnental: Der Magistrat der Stadt Grünberg wird beauftragt, im Brunnental nahe der Stadtmühle/dem Wasserspielplatz einen Mehrgenerationenplatz mit Outdoor-Fitnessgeräten und ggfs. einer Kneippanlage anzulegen. Die detaillierte Planung und Kostenaufstellung wird in der nächsten Sitzungsrunde vorgelegt und beschlossen.

Stand 21.02.2024:

Zunächst wird sich die eigens hierfür gebildete „Brunnental-AG“ mit den weiteren Planungen zur Nutzung und Erschließung des Brunnentals befassen und erst anschließend soll die Möglichkeiten zur Errichtung eines Mehrgenerationenplatzes geprüft werden. Derzeit haben sich zwei weitere Arbeitsgruppen gefunden, die die Themen Kneippanlage und Naturbühne behandeln. Deren Pläne sollen in einer der nächsten Sitzungen der „Brunnental-AG“ vorgestellt werden.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.07.2021 zur Erstellung eines Blühflächenkonzeptes (VL 141/2021)

Stand am 21.02.2024:

Die Erstellung des Blühflächenkonzeptes soll der neue Klimaschutzmanager übernehmen. Die Stellenausschreibung kann erst nach Bewilligung der Fördermittel für den Klimaschutzmanager erfolgen. Am 21.02.2023 wurde der Antrag durch den Landkreis Gießen beim Bund eingereicht. Eine Eingangsbestätigung liegt vor. Derzeit müssen die Personalkosten nochmal neu gerechnet werden.

Eine Liste der Landwirte, die Blühflächen anlegen wird im März 2024 vorgelegt.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.09.2021 zur Anpflanzung von Bäumen auf städtischen Grundstücken (VL 190/2021)

Stand am 21.02.2024:

Die Erstellung des Konzeptes soll der neue Klimaschutzmanager übernehmen. Die Stellenausschreibung kann erst nach Bewilligung der Fördermittel für den Klimaschutzmanager erfolgen. Am 21.02.2023 wurde der Antrag durch den Landkreis

Gießen beim Bund eingereicht. Eine Eingangsbestätigung liegt vor. Derzeit müssen die Personalkosten nochmal neu gerechnet werden.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.02.2022 zur Ermöglichung von Reihengrabstätten in Grünberg VL 17/2022)

Stand am 21.02.2024:

Der Antrag wird vom Leiter des Bau- und Servicehofes, Herrn Feldbusch, und der Friedhofssachbearbeiterin, Frau Bahr, geprüft. Auch hier soll die für das Ordnungsamt angedachte Besetzung einer weiteren Stelle entsprechenden Freiraum für die Erfüllung der Aufgabenstellung schaffen, die dann auch eine Aktualisierung der Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung vorantreiben kann. Die Aktualisierung soll im Jahr 2024 erfolgen.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.08.2022 betreffend Erlass einer Sondernutzungssatzung (VL 210/2022)

Stand am 21.02.2024:

Die Bearbeitung dieses Antrages ist aufgrund der personell angespannten Situation im Ordnungsamtsbereich derzeit nur zeitverzögert möglich. Eine entsprechende Vorlage zum Erlass einer Sondernutzungssatzung ist deshalb voraussichtlich Ende 2024 zu erwarten.

- Antrag der FDP-Fraktion vom 09.01.2023 betreffend Anlage einer Bürger-PV-Anlage (VL 24/2023)

Stand am 21.02.2024:

Die Eignungsflächenprüfung für PV-Anlagen ist mittlerweile fertig und soll dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung im nichtöffentlichen Teil vorgestellt werden. Grundsätzlich sollte eine Bürger-PV-Anlage möglich sein. Hier sind geeignete Partner zu finden.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.2023 – Grünberg wird Klimakommune Hessen (VL 110/2023)

Stand am 21.02.2024:

Die Beantragung der „Klimakommune Hessen“ soll der neue Klimaschutzmanager übernehmen. Die Stellenausschreibung kann erst nach Bewilligung der Fördermittel für den Klimaschutzmanager erfolgen. Am 21.02.2023 wurde der Antrag durch den Landkreis Gießen beim Bund eingereicht. Eine Eingangsbestätigung liegt vor. Derzeit müssen die Personalkosten nochmal neu gerechnet werden.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 01.06.2023 – Bürgerbus für Grünberg (VL 147/2023)

Stand am 21.02.2024:

Aufgrund der angespannten Personallage im Fachbereich I ist eine Bearbeitung des Antrages nur zeitverzögert möglich. Daher ist die Zusammenstellung eines möglichen

Fahrerpools für den Bürgerbus und die Erstellung eines Konzeptes für die erste Hälfte des Jahres 2024 geplant.

- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.03.2023 – Grundsteuerreform (VL 164/2023)

Stand am 21.02.2024:

Die mit dem Antrag verbundene Vorstellung der gewünschten Informationen in den städt. Gremien wird frühestens im August 2024 möglich sein.

- Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP vom 13.07.2023 – Personalbedarfsanalyse- und -entwicklung in der Stadtverwaltung Grünberg (VL 166/2023)

Stand am 21.02.2024:

Mit der Personalbedarfsanalyse und -entwicklung soll eine externe Firma beauftragt werden. Dies ist derzeit noch nicht erfolgt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.02.2024

gez.

Marcus Grabow

STADT GRÜNBERG

Vorlage Magistrat MAG

Drucksache VL-310/2023

- öffentlich -

Datum: 21.12.2023

Aktenzeichen	10 13 01
Federführender Fachbereich	Innere Verwaltung
Bearbeiter/in	Edgar Arnold

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	15.01.2024	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	29.02.2024	beschließend

Zu beteiligen:

Betreff:

Wahl eines neuen persönlichen Vertreters des hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt Grünberg für den Vorstand des Abwasserverbandes Wiesecktal

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Als **persönlicher Vertreter** des hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt Grünberg für den Vorstand des Abwasserverbandes Wiesecktal ab dem Zeitpunkt 01.03.2024 wird

Herr Stadtrat Lothar Theis

neu gewählt.

Begründung:

Für die Wahlzeit 2021/2026 wurden nach der Kommunalwahl am 26.03.2021 auch die Vertreter/innen für die Verbände und Organisationen, in denen die Stadt Grünberg als Mitglied fungiert, neu gewählt.

Gemäß § 16 Abs. 2 der Verbandssatzung des Abwasserverbandes Wiesecktal besteht der Vorstand aus den jeweiligen Bürgermeistern der Mitgliedskommunen. Gemäß § 16 Abs. 4 der Verbandssatzung ist für jedes Vorstandsmitglied (= Bürgermeister qua Amt) ein/e persönliche/r Vertreter/in zu wählen.

Für die Wahlzeit 2021/2026 wurde deshalb in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.09.2022 Herr Erster Stadtrat Tobias Lux als persönlicher Vertreter des Bürgermeisters Marcel Schlosser vorgeschlagen und auch gewählt. Dieser möchte jedoch nicht mehr als persönlicher Vertreter des Bürgermeisters in diesem Vorstand zur Verfügung stehen.

Deshalb wird vorgeschlagen, für den Zeitraum ab 01.03.2024 Herrn Stadtrat Lothar Theis als neuen persönlichen Vertreter des Bürgermeisters im Vorstand des Abwasserverbandes Wiesecktal zu wählen.

Die Stadtverordnetenversammlung wird um entsprechende Beschlussfassung gebeten.

Finanzielle Auswirkungen:

./..

Leitbild:

Entspricht dem Leitbild der Stadt Grünberg

Unterschriften:

Marcel Schlosser
Bürgermeister

Edgar Arnold

STADT GRÜNBERG

Vorlage Magistrat MAG

Drucksache VL-43/2023 2. Ergänzung

- öffentlich -

Datum: 01.06.2023

Aktenzeichen	80 30 04 / 1.1
Federführender Fachbereich	Innere Verwaltung
Bearbeiter/in	Ulrike Lux

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	20.11.2023	beschließend
Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschuss	21.02.2024	vorberatend
Haupt - und Finanzausschuss	27.02.2024	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	29.02.2024	beschließend

Zu beteiligen: Ortsbeirat

Seniorenbeirat

Betreff:

ÖPNV;

Neukonzeption Stadtbusverkehr "Kleener Grimmicher"

Beschlussvorschlag:

Alternative 1:

Die Stadtbuslinien GI-71 und GI-72 des „Kleenen Grimmichers“ werden zum Fahrplanwechsel im Dezember 2024 eingestellt.

Alternative 2:

1. Die Stadtbuslinien GI-71 und GI-72 werden in der Variante 1 (1 Bus) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

oder

2. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 2.1 (2 Busse auf gleicher Route) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

oder

3. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 2.2 (2 Busse gegenläufig) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt

oder

4. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 3 (1 Bus mit Einbindung der Linien GI 64 und GI 74) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

5. Mittel für **ein** Fahrzeug (Diesel-Midi-Bus) in Höhe von 228.120,95 € netto/Jahr mit morgendlicher Schülerpause bzw. in Höhe von 376.241,90 € netto/Jahr ohne morgendliche Schülerpause sind im Haushaltsjahr der Einführung zur Verfügung zu stellen.

oder

6. Mittel für **zwei** Fahrzeuge des Typs Diesel-Midi-Bus in Höhe von 376,421,90 € netto/Jahr mit morgendlicher Schülerpause bzw. in Höhe von 459.349,10 € netto/Jahr ohne morgendliche Schülerpause sind im Haushaltsjahr der Einführung zur Verfügung zu stellen.
7. Für Marketingmaßnahmen sind im Haushaltsjahr der Einführung des neuen Konzepts 10.000,00 € im Haushaltsplan bereit zu stellen.

Begründung:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.03.2023 wurde das Konzept für die Stadtbuslinie noch einmal überarbeitet. Die Machbarkeit einer Einbindung der überregionalen Linien GI-64 und GI-74 wurde zusätzlich geprüft. Dies ergab unter Beachtung der Vorgaben von ZOV Verkehr die neue Variante 3. Die Linie GI-64 könnte im Stundentakt durch einen zusätzlichen Halt das Baumgartenfeld an den Bahnhof anbinden. Allerdings hält sie nur an der Haltestelle „Baumgartenfeld“ und fährt nicht komplett durch das Wohngebiet hindurch. Die Linie GI-74 hat effektiv nur einen 2-Stunden-Takt. Mit ihr könnte die Kita Zauberwald zwar zum Bringen und Abholen des Kindes angebunden werden, ist aber von den Zeiten her eher unattraktiv.

Kosten für den zusätzlichen Halt wurden bisher von der VGO nicht gefordert, sie wären wahrscheinlich aber auch marginal. Im Gegenteil, die Einbindung der beiden VGO Linien würde – bezogen auf die Angebotsqualität (Einsatz eines Busses gemäß Variante 1 verstärkt durch die Linien GI 64 und GI 74) – eine Einsparung bedeuten, da es ein Mischkonzept zwischen der 1 Bus- und der 2 Busvariante ist.

Der Wegfall der Schülerpause wurde jeweils für den Einsatz bei einem und zwei Bussen berechnet.

Aufgrund der Kosten muss eine europaweite Ausschreibung der Stadtbuslinie durch einen Verfahrensbetreuer erfolgen. Dies benötigt eine Vorlaufzeit von zwei Jahren. Frühestens ab dem Jahr 2027 könnte daher das neue Konzept umgesetzt werden. Da der jetzige Vertrag im Dezember 2024 endet, müsste zur Überbrückung eine Lösung gefunden werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Wie zuvor beschrieben bei Produkt 54701, Sachkonto 61000000.

Leitbild:

Entspricht dem Leitbild, WS II

Anlage(n):

- 1 Stadtbuskonzept Grünberg Nov. 2023

Unterschriften:

Marcel Schlosser
Bürgermeister

Ulrike Lux

STADT GRÜNBERG

Fraktionsantrag

Drucksache VL-21/2024

- öffentlich -

Datum: 08.02.2024

Aktenzeichen	
Federführender Fachbereich	Innere Verwaltung
Bearbeiter/in	

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschuss	21.02.2024	vorberatend
Haupt - und Finanzausschuss	27.02.2024	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	29.02.2024	beschließend

Betreff: Antrag FW, SPD, FDP, Aufstellung eines Bebauungsplanes in Weickartshain

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände „Auf dem Steinbusch“ und „Vor dem Steinbusch“ in der Gemarkung Weickartshain in Auftrag zu geben. Es handelt sich hier um die Grundstücke Flur 1, Nummern 122, 123 und 261. Sollte es sich im Rahmen der Erstellung des Bebauungsplans erweisen, dass es sinnvoll ist, weitere Flurstücke in diesem Areal mit zu beplanen, so können diese in diesen Antrag einbezogen werden.

Begründung:

Bereits seit einiger Zeit gibt es in Weickartshain keinen Jugendraum, aber eine große Zahl junger Heranwachsender. Diese kamen vor etwa 2 Jahren auf den Ortsbeirat aktiv zu, um über die Möglichkeit zur Schaffung eines Raumes zu sprechen. Beide Seiten und auch die Stadt standen dem Vorhaben positiv gegenüber. Doch der Platz, den sowohl die Jugendlichen als auch der Ortsbeirat präferieren, da er eine gute Lage in Sichtweite der Häuser am Sportplatz sowie bereits bestehende Wasser-, Abwasser- und Stromanschlüsse aufweist, liegt außerhalb des Baugebietes. Seit dies bekannt wurde, suchte man seitens des Magistrats nach einer Alternative. Eine Nutzung des kirchlichen Jugendraumes ist momentan im Gespräch und vermutlich möglich (was wir begrüßen), doch aufgrund interner Veränderungen bei der Kirche nur als Übergangslösung anzusehen.

Der ursprünglich ausgewählte Standort ist weiterhin ausdrücklicher Wunsch sowohl der Jugendlichen als auch des Ortsbeirates, wie eine Versammlung mit dem TOP „Abstimmung über den Standort des Jugendraumes“ ergab. Eine Mehrheit der anwesenden Jugendlichen stimmte hierbei für den „Festplatz“. Dieses Votum erst durchzuführen und anschließend zu übergehen wäre unserer Ansicht nach fahrlässig.

Zudem liegen momentan Zusagen zur Erbringung erheblicher Eigenleistungen beim Bau des Jugendraumes vor.

Ein frei stehendes Gebäude auf dem erschlossenen Festplatz, sei es in Holzständerbauweise oder als Containerlösung, ist die am schnellsten umsetzbare und bei weitem am kostengünstigste Variante, einen Jugendraum in Weickartshain zu errichten.

Die vom Magistrat angedachten Möglichkeiten, den Jugendraum an das DGH anzubauen bzw. in das noch zu errichtende Feuerwehrgerätehaus zu integrieren, sind mit erheblich höheren Kosten verbunden. Auch ist eine Umsetzung dieser beiden Maßnahmen zeitlich noch nicht abzusehen.

Mit diesem Antrag soll die Möglichkeit geschaffen werden, einen Jugendraum auf dem Festplatz, der direkt an den Parkplatz des DGH grenzt und somit direkten Anschluss an das Ortsgebiet hat, zu errichten. So ist man handlungsfähig, falls sich die vom Magistrat angedachten Möglichkeiten in absehbarer Zeit als nicht realisierbar herausstellen sollten.

Auf dem Flurstück 122 befindet sich das Dorfgemeinschaftshaus, das zwar Bestandsschutz genießt, jedoch bei baulichen Änderungen ebenfalls von einem vorhandenen B-Plan profitieren würde. Der Festplatz - Flurstück 123 - ist schon seit 1976 kein landwirtschaftliches Gelände mehr (bei einer Versammlung zum Thema „Jugendraum“ wurde es als „Ackerland“ bezeichnet), sondern eine geschotterte Fläche, die, seit sie geschottert wurde, als Festplatz (früher Kirmesplatz) genutzt wird und auch im Flächennutzungsplan der Stadt Grünberg als Festplatz eingezeichnet ist. Im Geoportal Hessen, Sicht „BORIS Hessen 2022“, wird diese Fläche noch immer als landwirtschaftliche Fläche dargestellt.

Anlage(n):

- 1 Antrag FW, SPD, FDP, B-Plan, Festplatz Weickartshain
- 2 Auszug Liegenschaftskataster